

Die Universität Hohenheim erforscht das Glücksspiel

*Die einzige interdisziplinäre
Einrichtung im Glücksspielwesen*



Forschungsstelle Glücksspiel informiert...

An diesem Mittwoch, dem 13.12.2006, entscheiden die 16 Ministerpräsidenten der Länder den neuen Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland.

Schon im Vorfeld kündigte die CDU-Spitze aus Schleswig-Holstein an, den neuen Staatsvertrag nicht zu akzeptieren und gegebenenfalls mit rechtlichen Mitteln dagegen vorzugehen. Laut einer Umfrage von ISA rechnen mehr als 50% aller Befragten, dass die Unterzeichnung des Staatsvertrages verschoben wird.

Inhalt des Staatsvertrages: Fortsetzung des staatlichen Wettmonopols für weitere vier Jahre, Verbot von privaten Sportwetten, Verbot für auffordernde, anreizende und ermunternde Werbung sowie das Verbot der Veranstaltung öffentlicher Glücksspiele im Internet.

Der Staatsvertrag soll bereits dann gültig werden, wenn mindestens **13** der **16** **Länder** zustimmen.

Ministerpräsidenten

Jürgen Rüttgers (CDU, Nordrhein-Westfalen) ist ein Verfechter des Staatsmonopols und will private Anbieter verbieten.

Günther Oettinger (CDU, Baden-Württemberg) bezweifelt, ob es Sinn macht, private Sportwetten zu verbieten und will zuerst ein „Urteil des EUGH von weitreichender Bedeutung“ abwarten.

Peter Harry Carstensen (CDU, Schleswig-Holstein) wurde vom Landtag aufgefordert dem Vertragsentwurf nicht zu unterzeichnen. Er verstöße gegen das europäische Recht der Dienstleistungsfreiheit bei Sportwetten.

Kurt Beck (SPD, Rheinland-Pfalz) und **Christian Wulff** (CDU, Niedersachsen) gelten ebenso als Kritiker des Monopols.

Opposition

Jörg-Uwe Hahn (FDP, Hessen) kritisiert, dass der Staatsvertrag schon bei 13 von 16 Stimmen gültig ist.

Christian Lindner (Generalsekretär, FDP) meint, dass der Staatsvertrag „schon vor der Unterzeichnung überholt“ sei und fordert eine Privatisierung von Oddset sowie der NRW-Lottogesellschaft.

Birgit Homburger (Landeschefin, FDP-BW): Glückspielmarkt muss für private Anbieter geöffnet werden und bietet ein Marktmodell an. „Der Staat kann nicht zugleich Wetten anbieten und aktiv die Spielsucht bekämpfen.“

Winfried Hermann (sportpolitische Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen) plädiert hingegen dafür das Wettangebot zu beschränken und will das staatliche Wettmonopol im Staatsvertrag festschreiben.

Johannes Remmel (Die Grünen, Nordrhein-Westfalen) fordert den Staatsvertrag nicht zu unterzeichnen, da zu befürchten sei, dass Klagen gegen den Vertrag das staatliche Lottomonopol zu Fall brächten.

Andere

Jose Manuel Barroso (Präsident der EU-Kommission) will das Staatsmonopol auf Glücksspiele in Deutschland abschaffen.

Hintergrund: Ein Verbot von privaten Sportwetten verstoße gegen das Recht von Dienstleistungsfreiheit innerhalb der EU.

DFB/DFL(Bundesliga) lehnen das staatliche Wettmonopol ab und werden ein Staatsmonopol beim Bundesverfassungsgericht anfechten und Schadenersatz verlangen.

Der Steuerzahlerbund meint „das Lotteriegeschäft sei keine staatliche Aufgabe – Länder sollen sich aus dem Lottogeschäft zurückziehen.“

Winfried Wortmann (Geschäftsführer, West-Lotto): „Das Glücksspiel ist so ein gefährliches Gut, dass es sich nicht für den Wettbewerb eignet.“

Norbert Teufelberger (CEO bwin): „Wenn es schon schädlich ist zu spielen, dann wird es doch nicht unschädlicher, indem man es wenigen Unternehmen vorbehält.“